

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

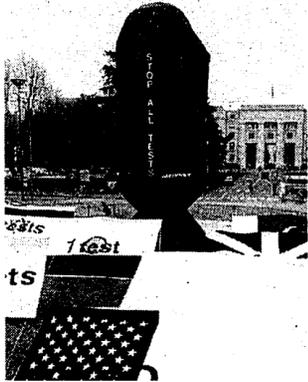
Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

## AKTUELL

### Mit Bombenatrappe gegen Atomtests

Mit einer 15 Meter hohen Bombenatrappe hat Greenpeace am Montag vor dem UN-Gebäude in Genf für die sofortige Einstellung sämtlicher Kernwaffenversuche demonstriert. «Mehr als 2000 über- und unterirdische Testzündungen von Atombomben seit 1945 sind genug», hiess es in einer Erklärung der Umweltschutzorganisation. Die Demonstranten übten scharfe Kritik an den fünf offiziellen Nuklearmächten – Frankreich, Grossbritannien, USA,

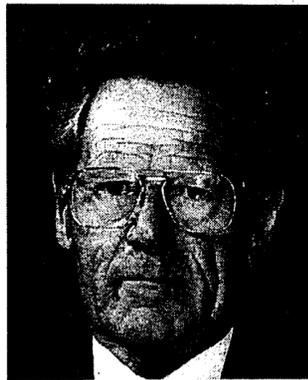


Mit einer Bombenatrappe demonstrierte Greenpeace gestern in Genf für die sofortige Einstellung sämtlicher Kernwaffenversuche.

Russland und China – und ebenso an den atomaren Schwellenländern Indien, Pakistan und Israel. Die Aktion fand einen Tag vor der Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungskonferenz statt, bei der die Delegierten aus 38 Ländern über ein generelles Verbot von Atomwaffentests beraten.

### Hans Küng gibt seine Lehrtätigkeit auf

Einer der profiliertesten katholischen Theologen und erbittertsten Kritiker des Papsttums gibt seine Lehrtätigkeit auf: Professor Hans Küng (Bild) wird kurz vor seinem 68. Geburtstag in Tübingen emeritiert. Am Montag stand er das letzte Mal am Lehrpult: seine Abschiedsvorlesung behandelte das Thema Frie-



den zwischen den Weltreligionen. Am 12. Februar wird der Schweizer Theologe offiziell verabschiedet. Der Literaturwissenschaftler Walter Jens wird die Verdienste Küngs würdigen. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert liegt Küng mit der katholischen Amtskirche im Clinch. Seine Bücher, Schriften und Äusserungen sorgten immer wieder für Verunsicherung im Vatikan, der in dem Theologen einen seiner schärfsten Kritiker fand. Seine Attacken auf das Papsttum und nach Ansicht Roms auch auf die Grundfesten des katholischen Glaubens gipfelten schliesslich darin, dass der Theologieprofessor 1979 seine Lehr-erlaubnis verlor.

## Energiesparen mit gezielter Förderung durch den Staat

Abschluss des Vernehmlassungsverfahrens für neues Energiespargesetz – Verminderung der Abhängigkeit von importierten Energieträgern angestrebt

(G.M.) – Ohne Energie läuft gar nichts – gerade deshalb sollte sparsam damit umgegangen werden. Der Gesamtenergieverbrauch in unserem Land steigt tendenziell, obwohl die Energiestatistik immer wieder Zeitabschnitte mit reduziertem Energieverbrauch aufweist, seit Jahren an. Die ermittelte Eigenversorgungsquote dagegen – ebenfalls Schwankungen unterworfen – zeigt eine sinkende Tendenz auf. Mit Hilfe eines Energiespargesetzes soll der Energieverbrauch gesenkt werden.

Ziel des Energiesparens durch staatliche Förderung ist die Reduktion des Energiebedarfs durch sparsame und umweltschonende Verwendung, hielt die Regierung in ihrer Vernehmlassungsvorlage fest. Die Vernehmlassung, im vergangenen Sommer begonnen, wurde nach Auskunft von Wirtschaftsminister Dr. Michael Ritter erfolgreich durchgeführt. Eine Gesetzesvorlage soll dem Landtag noch in diesem Jahr zugestellt werden.

### Förderung nach sparsamer Nutzung

Der Erarbeitung eines Vorschlags für ein «Gesetz über die Förderung des Energiesparens» ging eine Motion der FBPL-Fraktion 1992 im Landtag voraus. Mit diesem Vorstoss forderten die FBPL-Abgeordneten die Regierung auf, eine «langfristige und planmässig angelegte Energiepolitik» zu betreiben. Mit einem Energiespargesetz sollten nach der Motion-Begründung die Energiepolitik des Staates definiert und entsprechende Massnahmen gesetzt werden. Grundsät-



Energie ist kostbar. Damit soll in Zukunft in unserem Land sparsamer umgegangen werden. Die Vernehmlassung für ein Energiespargesetz ist abgeschlossen worden, eine Gesetzesvorlage in Vorbereitung.

ze für einen sparsamen und rationellen Energieverbrauch, die umweltverträgliche Bereitstellung, Verteilung sowie die sozialverträgliche Nutzung der Energie müssten berücksichtigt werden, gaben die Motionäre im weiteren zu verstehen.

### Einsatz erneuerbarer Energien

Ausgehend von der Tatsache, dass sich

fast 60 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in unserem Land auf die drei Energieträger Heizöl, Dieselöl und Benzin stützt, formulierte die Regierung in ihrem Vernehmlassungsbericht, dass mit staatlichen Massnahmen die Reduktion des Energiebedarfs durch sparsame und umweltschonende Verwendung angestrebt werden müsse.

Der Einsatz erneuerbarer Energie soll gefördert werden, um eine Verminderung der grossen Abhängigkeit von importierten Energieträgern zu erreichen. Neben der Verbrauchsreduktion steht auch der Umweltschutz im Mittelpunkt der Bestrebungen für einen Minderverbrauch an Energie: Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaveränderungen, dem unser Land 1994 beigetreten ist, fordert bis zum Jahr 2000 die Stabilisierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf dem Niveau von 1990 sowie eine anschliessende Reduktion.

### Politische Ränkespiele

Ganz ohne Begleiterscheinungen blieb die FBPL-Forderung nach sparsamer Energiepolitik nicht, denn die VU-Fraktion verweigerte 1992 der Motion die Zustimmung, womit der Vorstoss nicht an die Regierung zur raschen Erarbeitung einer Gesetzesvorlage übergeben werden konnte. Ein Jahr zuvor hatten VU-Abgeordnete ein Postulat bei der Regierung zur Energiepolitik eingereicht, doch blieb der Vorstoss ohne Erfolg. Erst jetzt, fast vier Jahre später, ist die Regierung im Begriff, einen Gesetzesvorschlag dem Parlament vorzulegen.

Förderungsschwerpunkt sind gemäss Vernehmlassungsvorlage verschiedene Massnahmen zur Wärmedämmung an bestehenden Bauten, die Förderung spezieller Heizsysteme und des Einsatzes erneuerbarer Energien sowie die Förderung von Sonnenkollektoren zur Erzeugung von Warmwasser und elektrischer Energie.

## Konkrete Pläne für Ausgabenbremse

Ausformulierte Entwürfe liegen vor – Bald Thema im Bundesrat

Bern (AP) Die Pläne für eine neue Ausgabenbremse zur Sanierung der Bundesfinanzen sind bereits weit fortgeschritten. Der Bundesrat wird sich dem Vernehmen nach bereits in Kürze mit dem Thema befassen. Bei den Finanzspezialisten der Parteien sind die Meinungen geteilt. Insbesondere die SP ist skeptisch.

Finanzminister Kaspar Villiger hatte am FDP-Parteitag vom vergangenen Samstag erstmals den Schleier über seine Vorstellungen für die Sanierung der Bundesfinanzen gelüftet. Um das gesteckte Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt innerhalb von sechs Jahren, zu erreichen, soll nötigenfalls auch grobes Geschütz eingesetzt werden. Villiger sprach am Samstag von einem «pauschalen

Mechanismus», der zu einem ausgeglichenen Haushalt zwingt. Wie am Montag in Bern verlautete, hat Villiger in seiner Rede vor den FDP-Delegierten nicht bloss einen Versuchsballon steigen lassen. Vielmehr gibt es im Finanzdepartement bereits konkrete Pläne und sogar ausformulierte Entwürfe für eine neue Ausgabenbremse auf Verfassungsstufe. Bereits in den nächsten Wochen soll sich der Bundesrat damit befassen. Villiger soll dem Vernehmen nach die Idee bereits mit einzelnen Bundesräten vorbesprochen haben. Dieser Artikel, der laut Villiger die heutigen «zahnlosen» Bestimmungen ergänzen soll, würde dann greifen, wenn es innerhalb von sechs Jahren nicht gelingen würde, einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen.

## Wirtschaft drängt auf EU-Verhandlungen

Zufriedenstellende Regelungen in den meisten Bereichen festgestellt

Zürich (AP) Vorort und Arbeitgeberorganisationen fordern einen Abschluss der bilateralen Verhandlungen Schweiz/EU in den nächsten Wochen. Nach zufriedenstellenden Resultaten in den meisten Bereichen müsse jetzt der Durchbruch beim Personen-, Land- und Luftverkehr folgen, verlangten die Spitzenverbände am Montag.

«Im internationalen Wettbewerb der Standorte kann sich die Schweiz die heutigen Hürden nicht mehr erlauben», halten der Schweizerische Handels- und Industrie-Verein (Vorort) und der Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen nach einer gemeinsamen Sitzung zum Thema Schweiz/EU fest. Der Wirtschaftsaufschwung in der Schweiz habe sich stark abgeschwächt,

und die Aussichten auf eine rasche Erholung seien gedämpft.

Besonders beunruhigend sei, dass die Unternehmen zur Sicherung ihrer Konkurrenzfähigkeit gezwungen seien, in der Schweiz Arbeitsplätze zu reduzieren, dafür aber in Ländern mit geringeren Produktionskosten oder besserem Zutritt zu den wichtigen Märkten neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zunehmend gerate auch der Forschungsplatz Schweiz in Bedrängnis, wovon nicht nur die Exportwirtschaft, sondern auch die binnenwirtschaftlich ausgerichteten Sektoren betroffen seien.

Laut Vorort und Arbeitgeber-Zentralverband konnten in den meisten Verhandlungsbereichen «zufriedenstellende Regelungen» ausgehandelt werden.

## Krankenkassen-Konkordat zieht die Notbremse

Von Spülern und Ärzten werden keine Tax- und Tariferhöhungen mehr akzeptiert – BSV zeigt Verständnis

Solothurn/Bern (AP) Das Konkordat der Schweizerischen Krankenkassen (KSK) zieht die Notbremse und akzeptiert keine Tax- und Tariferhöhungen von Spülern und Ärzten mehr. Das BSV zeigt Verständnis für das Vorgehen des Krankenkassen-Konkordats. Denn mit den Tarifen werde das Schlüsselproblem angesprochen.

Begründet wird der Grundsatzentscheid vom KSK, keine Tariferhöhungen mehr zu akzeptieren, in erster Linie mit der Kostensteigerung im Gesundheitswesen: Eine genaue Begründung wie auch die Einzelheiten zum weiteren Vorgehen würden aber erst noch ausgearbeitet, sagte KSK-Sprecher Walter Frei. Falls die Kantone bei Vertragsverhandlungen trotzdem Tarif- und Taxerhöhungen zulassen würden, werde das Konkordat den Entscheid beim Bundesrat als Beschwerdeinstanz anfechten.

Die Ankündigung des Tarif-Moratoriums erfolgt nur drei Tage nach der Forderung von Krankenkassen-Spitzenvertretern nach Notrecht. Das KSK hatte

schon Ende vergangener Woche darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des neuen Krankenversicherungsgesetzes enorme Anforderungen an die Krankenversicherer stelle. Die Schwachstellen des neuen Krankenversicherungssystems werden derzeit vom KSK analysiert, und das Konkordat will dem Eidgenössischen Departement des Innern möglichst rasch konkrete Vorschläge zur Änderung der Verordnung unterbreiten.

Während viele Probleme nur vorübergehender Natur seien, liege das Hauptproblem in den steigenden Kosten, heisst es. Eine ganz besondere Verantwortung trügen die Kantone mit ihrer Spitalpolitik. Nach wie vor verfüge die Schweiz über eine viel zu hohe Spital- und Spitalbettendichte, eine noch immer zu zunehmende Überversorgung mit teuersten Apparaten und eine mangelnde Koordination in der Spitzenmedizin. Kritisiert werden vom KSK auch die Kantone, die ihre Finanzen auf Kosten der Versicherten sanierten, indem sie die Taxen der öffentlichen Spitäler ohne Rücksicht

auf die Prämien anheben würden und bei der Prämienverbilligung massive Kürzungen vornähmen.

Das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) hat auf Anfrage gewisses Verständnis für das Vorgehen des Konkordats gezeigt. «Jetzt werden wir sehen müssen, wie wir mit der neuen Situation umgehen können», sagte Informationschef Freddy Müller auf Anfrage. Es sei verständlich, wenn die Krankenkassen jetzt die Alarmglocken läuteten. Es seien so viele Fragen auf einmal zu lösen, und die Einführungszeit für das neue Gesetz sei sehr kurz bemessen gewesen. Dass die Krankenkassen nun dieses Moratorium beschliessen hätten, zeige auch die Brisanz der Frage: Alle Seiten stünden unter Druck, angefangen bei den Versicherten selber, aber auch Ärzte, Spitäler und Kantone. Mit den Tarifen sei das Schlüsselproblem angesprochen worden: «Die Kosten, die wir verursachen, muss einfach irgend jemand zahlen. Und dass diese Gelder nicht wie Manna vom Himmel fallen, ist allen klar», sagte Müller.

## Neuer Konservator für Kunstsammlung

Der bisherige Konservator der Staatlichen Kunstsammlung, Dr. Georg Malin, tritt aus Altersgründen von seinem Posten zurück. An seine Stelle wurde Friedemann Malsch bestellt, wie eine Zeitung in Strassburg berichtete. Der Präsident des Stiftungsrates, Dr. Heinz Meier, bestätigte gestern auf Anfrage die Wahl von Friedemann Malsch.

Der neue Konservator der Staatlichen Kunstsammlung ist deutscher Staatsbürger und leitete zuletzt das Museum für zeitgenössische Kunst in Strassburg.

Der Stiftungsrat hatte die Auswahl aus 20 Bewerbungen aus dem In- und Ausland, was nach Dr. Heinz Meier darauf hinweist, dass die Staatlichen Kunstsammlungen international einen guten Ruf haben.

Den Ausschlag für Malsch gab nach Dr. Heinz Meier dessen Internationalität, die er sich durch die Leitung verschiedener Museen erworben habe.